

Neue CO₂-Standards für Personen- und Lieferwagen: Ein ehrgeiziger und realistischer Schritt in Richtung eines neuen Paradigmas

(14. November 2017)

Am 8. November 2017 legte die EU-Kommission ihre Vorschläge für die CO₂-Emissionsnormen nach 2021 vor. Der Vorschlag lautet, dass die durchschnittlichen CO₂-Emissionen im Jahr 2030 sowohl bei neuen Pkw als auch bei neuen Lieferwagen 30 % niedriger liegen. Für das Jahr 2025 ist als Zwischenziel eine Verringerung um 15 % definiert. Die neuen Ziele werden die derzeitige Verordnung, die Zielvorgaben von 95 g CO₂ / km für Autos und 147 g CO₂ / km für Lieferwagen bis zum Jahr 2021 festgelegt hat, ablösen. Bei Überschreitungen wird für jedes Fahrzeug ein Bußgeld in Höhe von 95 € pro Gramm CO₂/km verhängt.

Die neuen Ziele werden durch Anreize für die Einführung von emissionsfreien Fahrzeugen (Batterie-, Elektro- oder Wasserstoff) und emissionsarmen Fahrzeugen (mit Emissionen von weniger als 50 g CO₂ / km - hauptsächlich Plug-in-Hybridfahrzeuge) ergänzt. Erreichen Automobilhersteller einen Anteil an emissionsfreien/emissionsarmen Fahrzeugen, der 2025 höher als der vorgeschlagene Referenzwert von 15% und im Jahr 2030 höher als der Referenzwert von 30% ist, werden ihnen Credits für verringerte CO₂-Ziele gutgeschrieben.

Die Marktüberwachung wird durch Messung und Überwachung des realen Kraftstoffverbrauchs gestärkt, beruhend auf der Verpflichtung der Hersteller, standardisierte Geräte in neue Fahrzeuge einzubauen.

Um die Dekarbonisierung des Verkehrssektors zu unterstützen, plant die Kommission die Bereitstellung von 800 Mio. EUR im Rahmen von "Connecting Europe" für die Einführung interoperabler Aufladestationen. Dies dürfte beträchtliche zusätzliche öffentliche und private Investitionen fördern (derzeit sind 200.000 Ladestationen in der EU in Betrieb, 800.000 werden benötigt). Weitere 200 Millionen Euro werden für eine öffentlich-private Partnerschaft zur Entwicklung der nächsten Batteriegeneration genutzt. Um die Einführung alternativer Antriebe zu fördern, wird die Kommission schließlich Zielvorgaben für öffentliche Behörden festlegen, um emissionsfreie/emissionsarme Fahrzeuge durch öffentlicher Auftragsvergabe zu beziehen.

Für industriAll Europe stellen die Vorschläge einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den verschiedenen Zielen dar. Sie sind wichtige Meilensteine für eine kohlenstoffarme Mobilität, während die Industrie an der Spitze des technologischen Fortschritts verbleibt und ein sukzessiver sozialer Übergang ermöglicht wird. Das Ziel einer CO₂-Reduzierung um 30% entspricht dem Ziel des EU-2030-Klimaplanes für Nicht-ETS-Sektoren. Die neuen Ziele (und der Maßstab für emissionsfreie/emissionsarme Fahrzeuge) werden auch die Entwicklung von CO₂-armen Technologien ankurbeln, da sie nur durch die Einführung alternativer Antriebe erreicht werden können. Die Einbeziehung von Plug-in-Hybriden in den Richtwert für alternative Antriebe wird es ermöglichen, den niedrigen Arbeitsaufwand von reinen Elektrofahrzeugen durch die höhere Arbeitsintensität von Plug-in-Hybriden zu kompensieren. Dies wird einen reibungslosen Übergang zu einem neuen Paradigma der Automobilindustrie unterstützen. Außerdem sind die Bemühungen zum Erhalt der gesamten Lieferkette in der EU durch die Einrichtung einer „EU Battery Alliance“ zu begrüßen.

Pressemitteilung

Dennoch ist industriAll Europe nach wie vor besorgt über die Auswirkungen auf die Beschäftigung. Neue Arbeitsplätze (70.000 nach Ansicht der Kommission) werden in der Tat in den Informationstechnologien und im Bereich Ausbau der Ladeinfrastruktur oder durch Verwendung der Ersparnisse aufgrund geringerer Ölimporte geschaffen. Die Elektrifizierung wird jedoch zu einer völlig anderen Lieferketten- und Beschäftigungsstruktur in der Automobilindustrie führen. Viele Arbeitsplätze, vor allem in der Fertigung, laufen Gefahr, obsolet zu werden. Deshalb fordert industriAll Europe flankierende Maßnahmen für die Beschäftigten in der Automobilbranche und für Regionen, die Gefahr laufen, Opfer dieses Übergangs zu werden. Es müssen alle verfügbaren Instrumente für Weiterbildung und Umschulung, regionale Umstellung und Wiederbeschäftigung mobilisiert und gestärkt werden.

IndustriAll Europe fordert zusätzliche Maßnahmen zur Förderung alternativer Antriebe. Das Erreichen der Emissionsziele hängt in der Tat stark von der Verbraucherakzeptanz ab (die sich auf den Preis und die Reichweite von Elektrofahrzeugen bezieht). Starke Anreize zur Lenkung des Konsumentenverhaltens sind ebenso erforderlich wie viel größere Investitionen in die Auflade-Infrastruktur.

IndustriAll Europe ist der Auffassung, dass die Strafzahlungen genutzt werden müssen, um den Sektor und seine Beschäftigten bei der Umstellung auf kohlenstoffarme Produkte zu unterstützen. Derzeit sind nur 4 von 11 Automobilherstellern auf dem richtigen Weg, um die 2021-Ziele zu erreichen (teilweise auch als Folge des Rückgangs des Dieselanteils und des gestiegenen Marktanteils von SUVs).

IndustriAll Europe bedauert, dass sich die Fahrzeugkosten durch die Verordnung im Durchschnitt um 1000 € erhöhen werden. Dies wird neue Autos für gewöhnliche Menschen weniger erschwinglich machen.

Während die verringerte Abhängigkeit von Ölimporten zu begrüßen ist, warnt industriAll Europe jedoch vor neuen Abhängigkeiten im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen (Lithium, Kobalt und Nickel aus abgelegenen Gebieten) oder die ausreichende Versorgung mit Strom. Diese könnten Hindernisse für das Erreichen der neuen Standards darstellen.

„Dies ist ein ausgewogener Ansatz, der eine nachhaltige und effektive Verlagerung von konventionellen Motoren zu alternativen Antrieben sicherstellt. Wir haben immer gefordert, technologische Störungen gesellschaftlich inkrementell zu gestalten. Wir sind der Auffassung, dass der Vorschlag der Kommission einen graduellen Übergang ermöglicht. Wir hoffen in der Lage zu sein, Veränderungen auf sozialverträgliche Weise zu bewältigen, indem wir betriebsbedingte Entlassungen in der traditionellen Fertigung vermeiden und gleichzeitig alternative und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Kein Arbeiter darf in diesem Übergangsprozess zurückgelassen werden“, sagte Luc Triangle, Generalsekretär von industriAll Europe.

Kontakt: Guido Nelissen, Guido.Nelissen@industrial-europe.eu, T+32 2 226 00 77

IndustriAll Europe repräsentiert die Stimme von 7 Millionen europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Versorgungsketten in der Fertigung, im Bergbau und Energiesektor. Unser Ziel ist es, die Rechte dieser Beschäftigten zu schützen und zu fördern. Unsere Föderation hat 177 Mitgliedsorganisationen in 38 europäischen Ländern. Unser Ziel ist es, ein wichtiger politischer Akteur gegenüber den europäischen Unternehmen, der europäischen Industrie, den Arbeitgeberverbänden und den europäischen Institutionen zu sein.

International Trade Union House (ITUH) - Boulevard du Roi Albert II 5 (bte 10) - B-1210 Brussels
Tel: +32 (0)2/226 00 50 info@industrial-europe.eu www.industrial-europe.eu

Press Officer: Alice Nguyen – alice.nguyen@industrial-europe.eu - Tel: +32 (0)2 226 00 68